

**REPUBLIK ÖSTERREICH****BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE,  
JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ****A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 9  
Postfach 10**

32 0800/2-III/2/85

An das  
Präsidium des NationalratesParlament  
1010 W i e n

Datum: 16. SEP. 1985
Verteilt 17. SEP. 1985 <i>groh</i>

*St. Hlawacek*

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz der  
Gesundheit des Menschen vor schädlichen Luftver-  
unreinigungen bei austauscharmen Wetterlagen  
(Smogalarmgesetz)

Bezug: IV-52.191/7-2/85 des Bundesministeriums für  
Gesundheit und Umweltschutz

Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumenten-  
schutz beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme  
zu dem im Gegenstand genannten Gesetzesentwurf zu über-  
senden.

16. September 1985

Für den Bundesminister:

ENT

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

**REPUBLIK ÖSTERREICH****BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE,  
JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ***A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 9  
Postfach 10*

32 0800/2-III/2/85

An das  
Bundesministerium für  
Gesundheit und Umweltschutz

Stubenring 1  
1010 W i e n

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über den Schutz der  
Gesundheit des Menschen vor schädlichen Luft-  
verunreinigungen bei austauscharmen Wetterlagen  
(Smogalarmgesetz)

Bezug: Schreiben vom 12. Juli 1985  
IV-52.191/7-2/85

Zu dem im Bezug angeführten Gesetzesentwurf erstattet das  
Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz  
folgende

ST E L L U N G N A H M EI Allgemeines

Die rechtspolitische Grundtendenz des Gesetzesentwurfes durch  
Verringerung und Hintanhaltung von Emissionen aus Kraftfahr-  
zeugen und bestimmten Anlagen zur Verhinderung einer Gesund-  
heitsschädigung von Menschen wird aus dem familienpolitischen  
Aspekt der Gesundheitsvorsorge begrüßt.

- 2 -

## II Zu den einzelnen Bestimmungen

### § 7

Diese Bestimmung sieht als einzige Verlautbarungsform den ORF vor. Es wäre zu prüfen, ob nicht, "wenn dies im Einzelfall zweckmäßig scheint," zusätzlich die Verlautbarung des Smogalarms (Beginn und Ende) durch ortsübliche Kundmachung erfolgen könnte.

### §§ 8,9

Die Begriffe "Sicherheitsdienst" - § 8 Abs. 4 Z 1 - und "Bundesgendarmerie"/"Bundespolizeibehörden" - § 9 Abs. 3 - sollten in dem Smogalarmgesetz einheitlich verwendet werden.

Der letztgenannte Absatz sollte folgendermaßen umformuliert werden: "...bestehen, diese haben bei der Vollziehung ...."

### § 10

Im Abs. 2 sollte das Wort "nach" besser zwischen "dies" und "ihrer" eingefügt werden; ebenso wäre das Wort "nach" im Abs. 3 nach dem Wort "Probe" (1. Zeile) einzufügen und das Wort "deshalb" in der zweiten Zeile zu streichen.

In der 4. sowie 8. Zeile des Abs. 3 wäre aus sprachlichen Gründen jeweils vor dem Wort "hat" ein "so" einzufügen.

In der 8. Zeile wäre der Begriff "Bezirksverwaltung" in "Bezirksverwaltungsbehörde" zu ändern.

- 3 -

§§ 12, 13

Es wird zur Erwägung gestellt, die §§ 12 und 13 in das Justizstrafrecht (StGB, StPO) einzufügen, zumal derzeit im Nationalrat diesbezüglich Gesetzesänderungen anhängig sind.

III Schlußbemerkung

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

16. September 1985

Für den Bundesminister:

ENT

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

